

# Kritiker: Armutsbericht zu pauschal

## Warnung vor „Panikmache“ – Berlin und das Ruhrgebiet gelten als Problemregionen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat den Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands und anderer Organisationen als „zu pauschal“ kritisiert.

Von Beate Tenfelde

**BERLIN.** Personen, die weniger als 60 Prozent des Durchschnitts aller Deutschen zur Verfügung haben, würden darin generell als „arm“ bezeichnet, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landberg unserer Redaktion. Er warnte vor derart „undifferenzierten Bewertungen“. Sie sagten nichts aus über die tatsächliche Situation eines Menschen und bedeuteten schon gar nicht, dass diese „abgehängt“ seien, wie der Paritätische behauptete.

So gebe es 2,8 Millionen Studierende in Deutschland. Hunderttausende von ihnen gelten demnach als „arm“, da sie in der Regel weniger als 60 Prozent an Einnahmen hätten als die übrige Bevölkerung. Aber gerade Studierenden seien gesellschaftspolitisch besonders aktiv und sähen sich zu Recht „als die zukünftige Leistungselite unseres Landes“, sagte Landesberg. Der Verband lehnte ferner Forderungen nach wei-

### KOMMENTAR

## Ein armer Bericht

Alle Jahre wieder schreiben Sozialverbände mit einem sogenannten Armutsbericht die Republik auf. Doch wenn es nach dessen Kriterien geht, kann es eine

Welt ohne Notstand gar nicht geben. Die Autoren definieren als arm, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat. Solange nicht alle über exakt dasselbe verfügen, wird es demnach immer Armut geben. Anders gesagt: Der Bericht misst Abweichungen vom Durchschnitt, nicht materiellen Mangel. Noch anders gesagt: Er wurzelt in einem sozialistischen Weltbild.



Von Burkhard Ewert

Selbst wer Armut als geringere Chance auf Teilhabe definiert, muss mit dem Bericht Probleme haben. Zieht Berlin Studenten aus allen möglichen Gegenden zwischen Passau und Flensburg an, steigt die Armut in der Hauptstadt messbar. Not leiden deshalb weder die jungen Leute noch die Stadt. Den Armutsbericht sollte man daher als das begreifen, was er ist: ein PR-Instru-

ren sozialen Leistungen ab. Der Bund gebe dafür schon jetzt über 52 Prozent seines Gesamthaushaltes aus, nämlich 171 Milliarden Euro pro Jahr. Auch die Sozialleistungen der Kommunen stiegen ungebremst. Schon Ende letzten Jahres hatte der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, Georg Cremer, vor immer neuen Superlativen in der Armutsdebatte gewarnt und eine sachlichere Diskus-

sion angemannt. Widerstand regt sich auch in der Wissenschaft. Der Dortmunder Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Walter Krüger, warf den Verbänden Panikmache vor. Dagegen verteidigte der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, gestern in Berlin den Bericht, wonach die Armutsquote in Deutschland 2015 bei 15,7 Prozent gelegen habe. An

ment derer, die mehr Umverteilung wollen. Jedem nach seinen Bedürfnissen, hat es Karl Marx genannt. Aber kaum ein Jahr vergibt ohne neue staatliche Leistung oder zumindest deren Erhöhung. Mehr als die Hälfte des Haushalts sind Sozialausgaben. Wo es also Armut gibt, liegt sie nicht an mangelnden Transfers – und wird sicher nicht serios mit einem Bericht gemessen, der selbst dann gleich viele Menschen als arm ausweisen würde, wenn morgen jeder das Doppelte hätte.

b.ewert@noz.de

dem entsprechenden Bericht haben unter anderem auch der Kinderschutzbund, die Wohnungslosenhilfe oder Pro Asyl mitgearbeitet.

Zehn Jahr zuvor habe die Armutsquote noch bei 14,7 Prozent gelegen. „Die wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich schon lange nicht mehr in einem Sinken der Armut nieder“, sagte Schneider. Auffällig sei der Rückgang der Armutsquote in allen ostdeutschen Bun-



desländern mit Ausnahme Berlins. In den westdeutschen Ländern mit Ausnahme Hamburgs und Bayerns habe sich die Quote dagegen stetig nach oben entwickelt. Als besondere Problemregionen bezeichnete Schneider die Bundeshauptstadt (22,4) und Nordrhein-Westfalen, wo die Armutsquote von 14,4 Prozent im Jahr 2005 auf 17,5 Prozent im 2015 gestiegen sei.

Das Ruhrgebiet prägte die Lage. „Jeder Fünfte gilt dort als arm“, sagte der Hauptgeschäftsführer. Bremen sei nach wie vor Schlusslicht im Länderranking, weil jeder Vierte (24,8 Prozent) dort als arm gelte. Für Mecklenburg-Vorpommern weist der Bericht eine Armutsquote von 21,7, für Niedersachsen von 16,5 Prozent und für Schleswig-Holstein von 14,6 Prozent aus. Vergleichsweise gut stehen Bayern (11,6) und Baden-Württemberg (11,8) da.

Grundlage des Armutsberichts ist der Mikrozensus des Statistischen Bundesamts. 2015 lag die Armutschwelle etwa bei 942 Euro für Singles und bei 1978 Euro für Paare mit zwei Kindern unter 14.

NOZ 3.3.17

Warum sich die Einkommensschere weiter öffnet: Hintergründe auf noz.de/politik